No. 524. — 56. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Freitag, 6. November 1908

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt Ia Nr. 10131–10148.
Filialen: Prinzenstr. 41. Kottbuserstr. 1. Wienerstr. 1—6. Petersburgerstr. 2. Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87. Rykestr. 31. Schiffbauerdamm 1. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingpl.). Königstr. 56/57. Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht). Potsdamerstr. 33. Bayreutherstr. 32. Leipzigerstr. 103. Blücherstr. 69 (Ecke Jordanstr.). Rixdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.). Schöneberg, Hauptstr. 155. Charlottenburg, Kantstr. 34. Pankow, Berlinerstr. 156. Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129. Weißensee, Königschaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Wollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wenn ein Toter stirbt.

Politisch war der ehemalige Hofprediger Stöcker schon längst ein toter Mann. Seitdem sein Pegelstand in der Hofgunst tief unter Null gesunken war („Stöcker hat geendigt, wie er enden mußte," sagte eines schönen Tages der einflußreichste seiner einstigen Gönner von ihm), hatten sich viele seiner Nachtreter demonstrativ von ihm zurückgezogen; nur noch einige Getreue, hauptsächlich solche, die durch das Band der „inneren Mission" mit ihm geschäftlich verbunden waren, hielten es für nützlich, an ihm kleben zu bleiben.

Als Volksredner in antisemitischen Versammlungen, wo sich alte männliche Betschwestern im Bunde mit der unreifen Jugend von seinen hetzerischen Reden mit dem Gift des Rassenhatzes infizieren ließen, wurde der „zweite Luther", wie ihn seine Intimen nannten, alsbald übertroffen durch Ahlwardt und Pückler, so daß er den Kampf mit dieser besser arbeitenden Konkurrenz resigniert aufgab. Aus dem „Hofprediger aller Deutschen", wie ihn die antisemitische Radaupresse nannte, als er Hofprediger a. D. geworden war, wurde rasch genug ein stiller und vergessener Mann, der alle Jahre nur noch einmal einen Laut von sich gab, wenn er von seinem Landsitz in Parkenkirchen aus, den er als evangelischer Bischof in partibus infidelium im Sommer bezog, einen Hirtenbrief voll schwülstiger Redensarten an seine immer mehr zusammengeschrumpfte Gemeinde losließ.

Mit seinen besten Freunden hatte der „teure Gottesmann", wie ihn die orthodoxen Kirchenlichter in den Synoden nannten, Pech. Mit dem Schneider Grüneberg, seiner ersten Stütze im Beginn der sogenannten „Berliner Bewegung", zankte er sich sehr bald vor Gericht herum. Der gefeierte Ahlwardt hatte sich früh von ihm zurückgezogen. Der Freiherr v. Hammerstein, der Empfänger des berüchtigten Scheiterhaufenbriefes des Herrn Stöcker, durch den der Kaiser für die Stöcker-Waldersee'sche Reaktion eingefangen werden sollte, spazierte trotz des großen seelsorgerischen Einflusses, den auf Hammerstein sein Beichtvater Stöcker ausübte, ins Zuchthaus. Graf Waldersee, den ein gütiges Geschick in China davor behütet hatte, in seinem „unverbrennbaren" Asbesthause zu verbrennen, starb, fern vom Hofe, ohne daß die Pläne des Dreigestirns Stöcker-Hammerstein-Waldersee zur Wirklichkeit herangereift wären. Bei dem Grafen Pückler, der den Altmeister Stöcker in der Anwendung des Antisemitenjargons weit überflügelt hatte, wurde im Gegensatz zu manchen anderen antisemitischen Volkstribunen noch rechtzeitig die Anormalität der Gehirnfunktionen erkannt, so daß dieser hoffnungsvollste Jünger und Nachfolger Stöckers aus dem antisemitischen Markt genommen werden mußte.

Im Reichstage war der solchergestalt auf den antisemitischen Altenteil gesetzte Abgeordnete für Siegen zuletzt als Redner ohne jede Wirkung, weil selbst der gegen Wiederkäuerarbeit im allgemeinen höchst geduldige Reichstag der Stöckerschen Phraseologie längst überdrüssig geworden war. So war es mit dem „arischen Befreiungskampfe" des pensionierten Hofpredigers mehr und mehr Essig geworden. Er war politisch „fertig".

Heute meldet eines der antisemitischen Organe, für die noch vor wenigen Jahren Herr Stöcker am intensivsten den Klingelbeutel geschüttelt hat, daß der nur noch formell mit seinem Reichstagsmandat verbunden Gewesene dieses Mandat niedergelegt habe. Das Sterben eines politisch Toten! Lasset die Toten ihre Toten begraben!

* * *

Durch die Mandatsniederlegung ist der Wahlkreis Wittgenstein-Siegen vor eine neue Wahl gestellt. Dort wurde Stöcker 1907 mit 15,361 Stimmen gewählt gegen 8203 nationalliberale, 2954 freisinnige Vereinigungs-, 3075 Zentrums- und 949 sozialdemokratische Stimmen.

Der Deutsche Kaiser in Oesterreich.

Von dem gestrigen Jagdaufenthalte des Deutschen Kaisers in Eckartsau wird aus Wien berichtet:

Gestern um 4½ Uhr kehrten Kaiser Wilhelm und Erzherzog Franz Ferdinand aus dem Orther Revier nach Eckartsau zurück. Um 7 Uhr abends fand ein Diner statt. Kaiser Wilhelm hatte gestern vormittag 22 Hirsche erlegt, die in Rudeln bis hundert Stück dem Schießstand des Kaisers zugetrieben wurden. Am Nachmittag erlegte der Kaiser 12 Stück. Der Erzherzog Franz Ferdinand leitete die Jagd zu Pferde. Der Kaiser schoß mit einem deutschen Armeegewehr.

Kaiser Wilhelm wird mit seinem Gastgeber, dem Erzherzog Franz Ferdinand, heute um 5 Uhr Eckartsau verlassen und im Automobil direkt nach Schönbrunn fahren. Für die Fahrt ist genau eine Stunde in Aussicht genommen. Der Kaiser wird sofort nach seiner Ankunft das Jagdkostüm mit der Oberstuniform des österreichisch-ungarischen Husarenregiments Nr. 7 vertauschen, dessen Chef der Kaiser ist. Um 7 Uhr wird bei dem Kaiser Franz Josef dem Deutschen Kaiser zu Ehren eine „intime Allerhöchste Tafel" stattfinden. Beide Kaiser werden dann eine halbe Stunde beisammen bleiben. Hierauf fährt Kaiser Wilhelm nach Hetzendorf und tritt einige Minuten nach 9 Uhr mit dem eigenen Hofsonderzuge die Reise nach Donaueschingen zum Jagdbesuch beim Fürsten Fürstenberg an.

Der Casablanca-Bluff.

Der Streit zwischen Deutschland und Frankreich um die sechs Fremdenlegionsdeserteure beginnt abzuflauen. Frankreich hat sich zu einem Schritt des Entgegenkommens entschlossen. Aus Paris wird gemeldet:

Die Agence Havas veröffentlicht folgende Depesche aus Berlin vom 5. November: Die französische Regierung hat sich in dem Wunsche, einen neuen Beweis für die Loyalität ihrer Politik und des Geistes der Billigkeit in der Angelegenheit der Deserteure von Casablanca zu geben, dazu entschlossen, der deutschen Regierung den Bericht des Polizeikommissars Borda über die Vorfälle vom 25. September mitzuteilen. Borda ist dem französischen Konsulat in Casablanca seit der Okkupation der Stadt durch die französischen Truppen attachiert. Das erwähnte Dokument sollte nach den zuerst getroffenen Entschließungen des Pariser Kabinetts nur einem Schiedsrichter mitgeteilt werden. Es wird in Paris veröffentlicht werden, sobald die deutsche Regierung davon Kenntnis erhalten haben wird.

Eine Formel gesucht.

Eine weitere Note der Agence Havas besagt: Sobald die Verhandlungen mit Deutschland infolge des Schrittes des Fürsten Radolin in der Angelegenheit der letzten Forderungen der Berliner Regierung eingeleitet waren, gab Minister Pichon zu erkennen, daß, obwohl er strikt auf dem Boden des von Deutschland vorgeschlagenen Schiedsgerichtes verbleibe, er gleichwohl bereit sei, in Uebereinstimmung mit dem Berliner Kabinette eine Formel zu suchen, in der die beiden Regierungen gleichzeitig erklären würden, daß sie die Zwischenfälle vom 25. September und die gegenseitigen bei dieser Gelegenheit vorgefallenen Gewalttätigkeiten als bedauerlich betrachten. Pichon fügte hinzu, er würde keine Formel annehmen, in der die französische Regierung allein ihr Bedauern ausspräche, und die in irgendeiner Weise eine Verleugnung ihrer Seelente und ihrer Soldaten in sich schlösse, die ihre militärische Pflicht erfüllten. Das sind die Dispositionen, die die französische Regierung unveränderlich zum Ausdruck brachte.

Radolin und Pichon.

Im Laufe der Unterredung, die der deutsche Botschafter Fürst Radolin gestern nachmittag mit dem Minister des Auswärtigen Pichon hatte, sprach der Botschafter die Hoffnung aus, daß eine vermittelnde Lösung den beiden Regierungen erlauben werde, den Zwischenfall von Casablanca zu regeln. Minister Pichon antwortete, er habe die Hoffnung nicht verloren, daß eine Lösung angenommen werde, die für beide Länder gleich ehrenvoll sei.

Wie der „Petit Parisien" berichtet, trug die Unterredung zwischen Pichon und Fürst Radolin, welche gestern abend stattfand, einen durchaus freundschaftlichen Charakter. Der Minister des Aeußeren erklärte sich nach dieser Unterredung für völlig befriedigt.

Ehe Minister Pichon den deutschen Botschafter empfing, äußerte er in einer Unterredung mit einem Deputierten, die Mitteilung des Berichtes des Polizeikommissars Borda an Deutschland sei dazu bestimmt, in den Augen der deutschen Regierung die Haltung der französischen Beamten in Casablanca zu rechtfertigen und zu zeigen, daß die französischen Behauptungen wohl begründet seien. Pichon kündigte ferner an, daß die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt würden zu dem Zwecke, eine Formel zu suchen, der beide Mächte sich anschließen könnten. Diese Erklärungen wurden von den Deputierten günstig aufgenommen, die gern der Ansicht Raum geben, daß eine Détente eingetreten ist, und daß es nicht lange dauern wird, bis eine Einigung zustandekommt.

Das glauben wir auch, und darum ist es um so notwendiger, daß eine gewisse deutsche Presse ihren „patriotischen" Skandal einstellt. Offiziöse Blätter haben denn auch bereits den Wink erhalten, die Meute zum Rückzug zu pfeifen und von einem „friedlichen Ausgleich" zu sprechen. Der Zweck der Uebung ist also erreicht, Fürst Bülow hat seinen „diplomatischen Erfolg" und die Interpellationskomödie im Reichstage kann beginnen. Wie wir schon in unserer heutigen Morgenausgabe berichteten, verschanzt die deutsche Regierung sich hinter dem „nichtamtlichen" Charakter des deutschen Vorschlages eines Schiedsgerichts. „Nicht amtlich" oder „nicht förmlich" ist ein sehr dehnbarer Begriff. Wenn der Staatssekretär des Auswärtigen, also der verantwortliche Leiter der auswärtigen Politik eines Staates, dem Botschafter einer anderen Macht fest formulierte Vorschläge macht, so ist dieser wohl berechtigt, sie als verbindlich zu betrachten. Das ganze Verhalten der deutschen Regierung in den Tagen vom 14. bis 18. Oktober ist geradezu ein Schulbeispiel für den eine deutsche Spezialität bildenden be—rühmten Zickzackkurs.

Daß ferner die endgültigen deutschen Forderungen am 18. Oktober formuliert wurden, glauben wir. Ebenso fest steht aber, daß Fürst Bülow mit ihnen in der Oeffentlichkeit erst herausrückte, daß der „patriotische" Preßlärm erst entzündet wurde, als infolge seiner Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg." vom letzten Sonnabend seine Stellung schwer erschüttert erschien. Hieran läßt sich auch mit den patriotischen Entrüstungsphrasen der Blockpresse nicht rütteln. Und die Herolde des Reichskanzlers werden nun nicht verhehlen, in der Reichstagsdiskussion das „diplomatische Geschick" und die „weise Mäßigung" des Fürsten Bülow in den Himmel zu erheben.

Ein Pestfall in Liverpool.

Laut amtlicher Mitteilung der englischen Regierung hat sich in Liverpool am 20. Oktober ein Pestfall ereignet. Der Erkrankte, ein auf einem Kohlenschiff beschäftigter Mann, ist am 23. Oktober gestorben.

Wie ein Fachmann urteilt.

„Einer vom Bau"

hat in einer konservativen Versammlung sich sehr deutlich über den Reichskanzler und sein auswärtiges Amt geäußert. In der Generalversammlung des konservativen Wahlvereins Hirschberg-Schönau, die gestern in Hirschberg in Schlesien stattfand, sprach der kaiserliche Gesandte z. D. Raschdau auf eine an ihn gerichtete Anfrage über die letzten Berliner Vorgänge sich in folgender bemerkenswerter Weise aus:

„Ich sehe, daß hier an der Richtigkeit der Darstellung der „Nordd. Allg. Ztg." allgemein gezweifelt wird; und doch ist diese Darstellung vollkommen zutreffend. Ich habe mehrere Jahre als Vertreter des Auswärtigen Amts in der Begleitung des Kaisers auf seinen Reisen gewirkt und habe Dutzende Jahre in unmittelbarer Berührung mit dem ersten und zweiten Kanzler gearbeitet. Ich darf mir daher wohl ein Urteil über den Geschäftsgang zutrauen. Nun, ich darf sagen, wenn mir ein solches Unglück wie das geschehene passiert wäre, ich hätte keinen Ort in unserem Vaterlande gekannt, der entfernt genug gewesen wäre, um mich vor den vorwurfsvollen Blicken meiner Mitbürger zu schützen. Hier handelt es sich nicht um einen Fehler oder ein Versehen, sondern um eine Versündigung an der Sicherheit unseres Vaterlandes. Es kann dafür nur die eine Sühne geben, daß jeder, der dabei die Mitschuld trägt, sein Amt aufgibt, zu dessen Führung er sich unfähig erwiesen hat. Denn das Vertrauen des Landes in diese Männer ist hoffnungslos verloren. Der Reichskanzler sollte einmal seine Leute auf die Straße schicken und in alle Schichten der Bevölkerung. Das Urteil würde lauten: „Schuldig ohne mildernde Umstände". Aber diese Sühne reicht nicht aus. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß eine Behandlung unserer auswärtigen Politik, wie sie sich hier plötzlich mit erschreckender Klarheit der Welt offenbart, nicht mehr möglich ist. Wir sind hier unter Männern, die mit allem ihren Können einstehen für die Erhaltung einer starken Monarchie. Wenn wir dies wollen, dann müssen wir die ersten sein, die Einspruch erheben gegen die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse, sonst haben wir den Schrecken in kürzester Zeit. Wir wundern uns, wie trotz aller Bemühungen tatkräftiger Männer die Ansehnung Deutschlands in der Welt zunimmt. Vielleicht begreifen Sie jetzt die Gründe, wenn Sie die letzten Vorgänge recht genau betrachten. Nicht unserer Geschicklichkeit, sondern dem Glück, daß auch die anderen Völker ihre großen Sorgen haben, verdanken wir es, wenn unsere auswärtige Lage heute noch den Anschein einer Sicherheit gewährt. Aber die Gefahren wachsen, und dabei peinigt uns das grausame Gefühl, daß wir nicht an unserem Frieden, sondern an unserem Verderben arbeiten. Vielleicht ist es noch ein Glück, daß uns diese große und schwere Verwarnung zuteil geworden, die uns anmutet wie ein zweites Olmütz, verstehen wir sie nicht zu nutzen, dann klagen wir nicht die Götter, sondern uns selbst an."

Die Rede wurde von der konservativen Zuhörerschaft mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Das neue amerikanische Zollgesetz.

Nach einem Kabel-Telegramm aus New-York meldet die „New-York Tribune" aus Washington, das neue Zollgesetz werde am 1. Juli 1909 in Kraft treten. Die Regierung, der Kongreß und der künftige Präsident Taft seien sich darin einig, daß die Revisionsfrage möglichst bald zur Verhandlung gelangen solle.

Keine Verständigung?

Sehr pessimistische Mitteilungen

werden von bulgarischer Seite über die türkisch-bulgarischen Verständigungsverhandlungen verbreitet, die gegenwärtig in Konstantinopel abgehalten werden. Eine Meldung des Wiener k. k. Telegr.-Korr. Bur. aus Sofia besagt folgendes:

Die letzten Nachrichten aus Konstantinopel schildern den Gang der türkisch-bulgarischen Verständigungsverhandlungen als schleppend und wenig Erfolg verheißend. Es wird sogar die Möglichkeit erwogen, daß die Verhandlungen sich gänzlich zerschlagen, weshalb in Regierungskreisen großer Unmut bemerkbar ist.

Nach einem Telegramm aus Konstantinopel trat die Pforte in der letzten Sitzung der türkischen und bulgarischen Delegierten auch in Verhandlungen über die Interessen der Orientbahnen ein. Der Konstantinopeler Direktion sind jedoch Weisungen aus Wien bisher noch nicht zugegangen.

Ein türkisch-bulgarischer Grenzkonflikt.

Das „Amtsblatt" der türkischen Regierung veröffentlicht eine Depesche aus Saloniki, wonach nahe der bulgarischen Grenze dreißig Personen beim Holzfällen von bulgarischen Soldaten verwundet worden sind. Von den Verwundeten ist einer gestorben. Beide Staaten haben die Untersuchung eingeleitet.

Die Beruhigung in Serbien

schreitet fort. Ein offiziöses Telegramm aus Belgrad meldet: Infolge ernster Vorstellungen des österreichisch-ungarischen Gesandten sowie der freundschaftlichen Ratschläge der Vertreter aller übrigen Großmächte ist es der Regierung gelungen, in der öffentlichen Meinung eine Beruhigung herbeizuführen. Die erste Folge dieses Umschwunges ist die Einstellung des Boykotts gegen die österreichisch-ungarischen Kaufleute. Die von Universitätshörern gebildeten Boykottwachen sind zurückgezogen, die Geschäfte, über die bisher der Boykott verhängt war, können unbehindert betreten werden. Die Regierung hat die Redaktionen aufgefordert, Ausfälle gegen Kaiser Franz Josef zu unterlassen, widrigenfalls die betreffenden Zeitungen konfisziert wurden.

Petersburg, 5. November. Durch kaiserlichen Erlaß sind **dreizehn Admirale**, darunter Staff, Wirenius, Selenoi und v. Niedermüller unter Beförderung zu höherem Range **verabschiedet worden.**